Stadt Rottenburg am Neckar

Verordnung zur

1. Änderung

der

Polizeiverordnung

gegen umweltschädliches Verhalten, Belästigung der
Allgemeinheit, zum Schutz der Grün- und Erholungsanlagen
und über das Anbringen von Hausnummern
(Polizeiliche Umweltschutz-Verordnung)

vom 22.07.2014

Aufgrund von § 10 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Polizeigesetzes für Baden-Württemberg (PolG) erlässt die Stadt Rottenburg am Neckar als Ortspolizeibehörde mit Zustimmung des Gemeinderats vom 22.07.2014, folgende Verordnung zur Änderung der Polizeiverordnung gegen umweltschädliches Verhalten, Belästigung der Allgemeinheit, zum Schutz der Grün- und Erholungsanlagen und über das Anbringen von Hausnummern (Polizeiliche Umweltschutz-Verordnung) vom 29.01.2013.

Artikel 1

Die Polizeiverordnung der Stadt Rottenburg am Neckar gegen umweltschädliches Verhalten, Belästigung der Allgemeinheit, zum Schutz der Grün- und Erholungsanlagen und über das Anbringen von Hausnummern (Polizeiliche Umweltschutz-Verordnung) vom 29.01.2013 wird wie folgt geändert:

1. § 21 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„ (3) Auf Kinderspielplätzen sind das Rauchen sowie der Konsum von alkoholhaltigen Getränken untersagt.“

2. § 28 Abs. 1 Nr. 37 erhält folgende Fassung:

„ 37. entgegen § 21 Abs. 2 Kinderspielplätze oder die auf öffentlichen Flächen aufgestellten Spielgeräte betritt oder benutzt oder entgegen § 21 Abs. 3 auf Kinderspielplätzen raucht oder alkoholhaltige Getränke konsumiert,“

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung zur 1. Änderung der Polizeiverordnung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Rottenburg am Neckar, den 22.07.2014

Stephan Neher
Oberbürgermeister

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg oder auf Grund der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.